



**Pflege-Selbsthilfeverband e.V.**  
Initiative für menschenwürdige Pflege

**Pflege-SHV**  
Adelheid von Stösser, 1. Vors.  
Am Ginsterhahn 16  
53562 St. Katharinen  
Tel. 0 26 44 - 36 86  
Fax 0 26 44 - 8 04 40  
[info@pflege-shv.de](mailto:info@pflege-shv.de)  
[www.pflege-shv.de](http://www.pflege-shv.de)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)  
Minister Dr. Philipp Rösler

**11055 Berlin**

den, 10.02.2010

## **Pflege-Transparenzbemühungen in der BRD**

Sehr geehrter Herr Minister Rösler,  
sehr geehrte Damen und Herrn,

mit anderen Pflegekritikern gemeinsam fordern wir seit geraumer Zeit mehr Transparenz in der Pflege. Als maßgeblich an der öffentlichen Diskussion beteiligte, haben wir es deshalb begrüßt, dass der Gesetzgeber den Weg zu mehr Verbraucherschutz gegangen ist und generell die unangekündigte Überprüfung der Pflegeanbieter gesetzlich festgeschrieben hat.

Leider verursacht der gut gemeinte Gesetzesauftrag an die Vereinbarungspartner des SGB XI, durch eine gemeinsame Übereinkunft zu mehr Durchschaubarkeit auf dem Pflegemarkt zu gelangen, aktuell die gegenteilige Wirkung. Die Pflegenoten des MDK nach der Transparenzvereinbarung sind als Wegweiser zur Unterscheidung eines „guten“ von einem „schlechten“ Pflegeanbieter für den Verbraucher gänzlich ungeeignet. Sie führen nicht zu mehr Transparenz sondern zu mehr Verschleierung der wirklichen Verhältnisse auf dem Pflegemarkt. Als Kenner der Szene haben wir dafür vor allem folgende Ursachen ausgemacht:

1. Die geltende Transparenzvereinbarung ist inhaltlich beliebig und unausgewogen. Im Zentrum steht die körperliche Versorgung. Wir fordern deshalb seit langem eine verbindliche Orientierung aller Beteiligten (Kostenträger wie Leistungserbringer) an der "Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftige Menschen". Aus uns unverständlichen Gründen wurde die aus dem „Runden Tisch Pflege“ heraus entwickelte Charta bis heute nicht verbindlich in Kraft gesetzt. Dadurch fehlt der Pflege die Vorgabe, die gebotene Wirtschaftlichkeit an der Menschenwürde auszurichten.
2. Nicht die Ergebnisse werden bewertet, sondern die Dokumentation von Maßnahmen und Standards. Bei diesen Prüfungen zählt nur das, was geschrieben steht. Pflegenden sehen sich gezwungen, täglich noch mehr Zeit in die Dokumentation zu investieren und selbst Maßnahmen aufzuschreiben die nicht erbracht wurden. Dies erklärt den hohen Anteil an Einrichtungen die mit "sehr gut" und "gut" bewertet wurden. Fazit: Auch wer schlechte Pflege gut dokumentiert, bekommt eine sehr gute Note. Wer gute Pflege nicht ausführlich genug dokumentiert, schneidet schlecht ab.
3. Der MDK ist als Prüfinstanz weder neutral noch unabhängig. Er vertritt in erster Linie die Interessen der Kranken- und Pflegekassen (Versicherungsunternehmen), mit dem Hauptziel der Leistungskontrolle. Beauftragt mit der Einstufung bestimmt der MDK, wer wie viel Geld aus der Pflegekasse erhält. Indem nun den Kassen (GKV) die Rolle der Qualitätskontrolle von Leistungsanbietern zugewiesen wurde, hat man diese mit einer Machtfülle ausgestattet, die die Problematik in der Pflege verstärkt.

4. Die Leistungsanbieter bestimmen die Prüfungsinhalte mit. Es ist ein Unding, dass sowohl Prüfkriterien als auch Prüfanleitung, nach welcher die Prüfer arbeiten, nur mit Zustimmung der Lobby der Leistungserbringer fortentwickelt werden können. Diese Durchmischung der Aufgaben von Prüfer und Geprüften hat zu einem Interessen – Kartell geführt, welches die wirklichen Bedingungen bei den Pflegeanbietern hinter einem Bürokratie- Monster von Pflegedokumentation verschleiert.
5. Die Pflegenoten halten einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand. Bewertungssystem und Kriterien sind ungeeignet, den Lebensraum Pflegeheim beurteilen zu können. Wie die jüngsten Gerichtsurteile bestätigen, haben Pflegeanbieter deshalb die Möglichkeit, die Veröffentlichung ungewünschter Noten zu verhindern. Dadurch droht das Bemühen um Transparenz in der Pflege dauerhaft beschädigt zu werden.

Wir sind besorgt, dass die in Gang gekommenen Bemühungen eine an der Würde des Menschen orientierte Pflege durch gesetzliche Rahmenbedingungen gewährleisten zu helfen, durch die Misere um die Pflegenoten insgesamt Schaden nehmen wird. Deshalb halten wir es für dringend geboten umzusteuern.

Das zukünftige System sollte durch folgende Eckpunkte gekennzeichnet sein:

- Die „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ wird auf gesetzlichem Wege für alle Beteiligten verbindlich gemacht. Diese dient als Maßstab für menschenwürdige Pflege.
- Schaffung einer unabhängigen Institution die keinem anderen Zweck dient, als sicherzustellen, dass die Patientenrechte bzw. die Rechte hilfe- und pflegebedürftigen Menschen gewahrt werden. Dies schließt die Entwicklung geeigneter Prüfverfahren ein, sowie deren zuverlässige Durchführung (Pflege –TÜV Funktion).
- Durch Einrichtung einer Schlichtungsstelle (Ombudamt), könnten Streitfragen im Ansatz geklärt werden.
- Die im Zusammenhang mit der Transparenzvereinbarung bei den Landesverbänden der Pflegekassen bzw. dem MDK entstandene Infrastruktur wird auf die unabhängige Stelle übertragen und durch Umlage aus der Pflegeversicherung finanziert.
- Die Überprüfungen der Pflegeheime finden vom Zeitpunkt der Übertragung an unter der Regie der unabhängigen Institution statt. Die bei den Überprüfungen erhobenen Daten werden an die zuständigen Heimaufsichten gemeldet. Diese setzen die Beseitigung der Mängel durch.
- Die Prüfergebnisse werden nicht als Note sondern in anderer, weniger angreifbarer Form für den Verbraucher sichtbar dargestellt.

Unsere Vorschläge sind kostenneutral, da bereits bestehende Ressourcen des Systems genutzt werden. Sie führen zu einer dringend notwendigen Entflechtung von Kostenträgern, Kontrolle und Kontrollierten. Vor allem aber sind sie geeignet bei den Pflegeanbietern eine nachhaltige Anstrengung zur Qualitätsverbesserung zu initiieren. Gleichzeitig werden die Heimaufsichten in die Lage versetzt und in die Pflicht genommen, nicht mehr tragbare Pflegeanbieter vom Markt zu nehmen.

Wir hoffen, Sie finden bei all den anderen wichtigen Themen Ihres Ministerium die nötige Zeit, sich der geschilderten Problematik anzunehmen. Politische Schnellschüsse verschlimmern die Situation, wie das Beispiel der Pflegenoten zeigt. Auch sollte man sich von der Vorstellung trennen, Probleme solcher Art mit wissenschaftlichen Methoden lösen zu können.

Gerne sind wir bereit unseren Sachverstand sowie unsere Erfahrungen bei der Entwicklung der „Auszeichnung menschenwürdige Pflege“ in die Beratungen mit einzubringen.

Mit der Bitte um eine Antwort verbleibe ich  
mit freundlichen Grüßen

Adelheid von Stösser